



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Frauenfeld, 31.10.2022

VERNEHMLASSUNGSANTWORT SP THURGAU ZUM KVG

Sehr Geehrte Damen und Herren des Departements für Finanzen und Soziales

Im Namen der SP Thurgau bedanke ich mich bei Ihnen für die Möglichkeit an der Vernehmlassung zum neuen KVG teilzunehmen. Weiter unten finden Sie unsere Vorschläge.

Es ist speziell zu erwähnen, dass die SP Thurgau die Führung einer «Liste der säumigen Prämienzahler» grundsätzlich ablehnt und ihre Abschaffung fordert. Denn diese Praxis übt einen riesigen Druck auf finanziell schlechter gestellte Menschen aus und erschüttert damit die Bezeichnung «Sozialstaat» in ihren Grundmauern.

Freundliche Grüsse

Yves Müller



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Die Forderungen der SP Thurgau

Die SP Thurgau fordert die Abschaffung der «Liste der säumigen Prämienzahler» (LsP). Denn sie zwingt Arzt:innen und Pfleger:innen zur moralischen Überlegung, ob sie Patient:innen behandeln sollen, oder nicht, weil sie sich die Prämien nicht leisten können. Das können wir nicht akzeptieren und widerspricht den Grundsätzen eines Sozialstaats.

Solange der Kanton an dieser gesetzlich fragwürdigen Liste festhält, stellen wir klare Forderungen an den Kanton. So ist für uns ein genau reguliertes Case Management (CM) unerlässlich. Denn niemand will dramatische [Fälle wie im Kanton Graubünden](#). Darum muss ein Case Management sichergestellt sein, dass in allen Gemeinden funktioniert.

Ausserdem muss für finanziell schlechter gestellte Leute das Angebot der individuellen Prämienverbilligung sichtbar werden. Für viele Thurgauer:innen und Thurgauer gehört der Griff zu einem schriftlichen Finanzratgeber wohl nicht zu den normalen Tagesaktivitäten. Aber egal ob Steuerberaterin, Top-Manager oder Mensch in Armut: Alle Bürger:innen müssen sich über ihre Möglichkeiten bewusst werden, wie sie ihre Ausgaben minimieren können. Die SP Thurgau fordert daher, dass der Kanton den Zugang zur individuellen Prämienverbilligung erleichtert. Speziell die von der Liste bedrohten Bürger:innen müssen über ihre finanziellen Optimierungsmöglichkeiten informiert sein.

Zu § 3a 1

Die SP Thurgau lehnt die Führung der «Liste der säumigen Prämienzahler» (LsP) ab.

Zu §3a 2

Das Case Management (CM) ist für die LsP unerlässlich. **Der Leitung des CM darf aber auf keinen Fall so viel Freiraum gelassen werden. So führt die jetzige Lösung zu einem Flickenteppich aus individuellen Gemeindelösungen.** Denn die professionelle Organisation des CMs verlangt für die Gemeinden riesige personelle und fachliche Ressourcen. Der Artikel §3a 2 muss daher klare Mindest-Standards vorgeben, wie eine Gemeinde das CM durchführt. Als Erstes muss sichergestellt werden, dass für die Versicherten bis zum Abschluss ein vollumfänglicher Versicherungsschutz besteht. Für Leute auf der Liste fordern wir weiter, dass der Kanton Mindeststandards definiert, damit die Gleichbehandlung aller Betroffenen gesichert werden kann. Die Gemeinden brauchen klare gesetzliche Vorgaben, wie sie das CM ausarbeiten müssen. Nur so kann eine einheitliche Umsetzung erreicht werden.

Um die Gleichbehandlung aller Thurgauerinnen und Thurgauer weiter zu sichern, kontrolliert der Kanton die Umsetzung des CMs in den Gemeinden. Dafür muss der Kanton die Verantwortung tragen: Es kann nicht sein, dass Person in finanzieller Not in einer Gemeinde Unterstützung erhält, welche ihr an einem anderen Ort verwehrt bleiben.

Zusätzlich fordern wir den Artikel §3a 2a

Wer vom Case Management als nicht-zahlungsfähig befunden wird, muss sofort von der Liste der säumigen Prämienzahler entfernt werden.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Ausserdem fordert die SP Thurgau es einen zusätzlichen Artikel im Sinne des Qualitätsmanagements: **Denn das Case Management (CM) muss unabhängig und wissenschaftlich begleitet werden.** Man muss wissen, ob das CM überhaupt Wirkung zeigt und es muss definiert sein, wie die Evaluation organisiert ist. Die SP Thurgau fordert die Einführung einer Evaluation des Case Managements, welches folgende Fragen beantwortet:

- Was für Personen, mit welchen Finanzsituationen, werden ins CM aufgenommen?
- Kann das CM zur Armutsfalle für wenig Verdienende werden?
- Welchen Nutzen des CM haben die Betroffenen und die Gemeinden in finanzieller und persönlicher Hinsicht?
- Was kostet das CM insgesamt und runtergebrochen auf 1000 Einwohnerinnen?
- In welchem Verhältnis stehen die Verwaltungskosten des CM zu den Gesundheitskosten der Gemeinden bzw. des Kantons?
- Können die Gemeinden das Fachpersonal für das CM rekrutieren und/oder braucht es Schulung, Lehrgänge und wie viel kosten entsprechende Angebote?

Unsere hier aufgeführten Forderungen zeigen es: Es gibt eine Vielzahl von unbeantworteten Fragen, an die Liste der säumigen Prämienzahler und an das Case Management. Die Folgen einer unsauberen Umsetzung der Liste tragen alle Thurgauerinnen und Thurgauer. In ihrem Sinne setzt sich die kantonale SP für die Absetzung dieser Liste ein, welche Menschen in finanzieller Not bedroht.